



Haushaltsrede der CSB zum Haushaltsplanentwurf 2022:

Leider muss ich von Jahr zu Jahr mehr feststellen, dass die Politik sehr häufig nicht die Entscheidungen in der Stadt fällt. Viele Dinge, die wir in der Politik gern bewegen würden, scheinen so fest verankert, dass sie völlig unbeweglich sind. Manche wären zwar beweglich, aber leider ist die Politik nicht die ausführenden Instanz. Wir sind von vielen Anderen abhängig, die unsere Entscheidungen, die wir hier in der Politik fällen, nicht oder nur mäßig unterstützen. In anderen Fällen ist die Gesamtsituation unbefriedigend, weil sie unsere Stadtentwicklung behindert.

Lassen Sie mich über ein paar Beispiele sprechen.

Als wir alle gemeinsam die Stadtwerke auf den Weg gebracht haben, haben wir uns gewünscht, dass diese so wirtschaftsorientiert ,wie möglich, geführt werden sollten. Daher haben wir uns dafür entschieden die Stadtwerke in Form einer GmbH zu gründen. Die Tatsache, dass als Geschäftsführer ein Mitarbeiter der Stadtverwaltung ernannt wurde hat uns zwar schon irritiert, aber das musste nicht unbedingt nachteilig sein. Wenn dieser Mitarbeiter die Idee der Wirtschaftlichkeit und den damit verbundenen Maßnahmen versteht, ist doch alles in Ordnung. Allerdings, wir hier, in der Politik, sind jetzt völlig raus. Wir haben keine Ahnung was dort alles passiert, welche Projekte dort vorangetrieben werden und wie sich die ganze Angelegenheit entwickelt. Warum nicht? Das hat rechtliche Gründe.

Eine GmbH ist eine eigenständige Gesellschaft. Die Mitglieder der Gesellschafterversammlung dürfen über die Entwicklung nicht nach außen berichten. Damit ist die Politik ausgeschlossen. Diese rechtlichen Voraussetzungen haben unsere politischen Gestaltungsmöglichkeiten ganz schön eingegrenzt, denn wenn wir keine Ahnung haben, können wir nicht gestalten. Wir sind jetzt darauf angewiesen, dass, wenn wir z.B. Ideen zum Klimaschutz haben, die in den Bereich der Stadtwerke fallen, wir darum bitten müssen, dass unsere Verwaltung mit den Stadtwerken sprechen, ob eventuelle Ideen oder Kooperationsmöglichkeiten umgesetzt werden können. Dadurch ist eine weitere Instanz involviert, die die Möglichkeit zur schnellen Umsetzung von Ideen hemmt.

Dieselbe Geschichte ist uns bei dem Thema Gewerbepark Senne passiert. Auch hier sind wir völlig von Informationen oder Möglichkeiten der Einflussnahme abgeschnitten. Eigentlich haben wir bei dem Beschluss zur Erstellung des Gewerbeparks gedacht, dass 2021 die ersten Unternehmen ihren Betrieb aufnehmen können. Wir haben keine Ahnung wann, welches Unternehmen, an welcher Stelle, in welchem Umfang, seinen Geschäftsbetrieb aufnehmen wird. Ehrlich gesagt, müssen wir als Politik diese Dinge auch nicht unbedingt beeinflussen. Manchmal ist es besser, wenn andere, unabhängige, Institutionen notwendige Entscheidungen treffen. Allerdings finde ich es schon bedenklich, dass ich als Politikerin keinerlei Einsicht in die Planungen und Entwicklung habe. Nicht weil ich mitbestimmen möchte, sondern weil ich es wichtig finde informiert zu sein. Vielleicht auch, um eventuelle Bedenken äußern zu können, falls das nötig sein sollte. Nicht zu wissen, ob es ein separates Parkhaus geben wird, oder nicht, ob es einen Platz für ein eventuell später notwendiges Feuerwehrfahrzeug geben wird, oder nicht, oder welcher Art Industrie oder Gewerbe sich dort bewirbt, wer und wie viele Menschen dort in

welcher Art von Job arbeiten, ist für mich als Politikerin schon sehr schwierig.

Uns allen ist klar, Entscheidungen, die dort, ohne das Wissen von den aktiven Politikern am Ort, gefällt werden, werden die Entwicklung in der Stadt wesentlich beeinflussen. Wir werden, wenn wir denn sehen können, was dort entstanden ist, hier in der Stadtpolitik die weiteren Maßnahmen zur Stadtentwicklung bestimmen. Aber eben erst danach. Das halte ich auch für sehr problematisch. Mir ist natürlich klar, dass diese Vorgehensweise rechtlich korrekt ist. Ich hätte nur schon vorher gern einen Hinweis darauf bekommen, dass die Einrichtung einer GmbH bedeutet, dass die Politik nicht mehr informiert wird. Ich habe auch bei meinen nachträglichen Recherchen in den alten Niederschriften leider keinen Hinweis darauf gefunden. Ich gestehe, aus heutiger Sicht, habe ich mich damals wohl falsch entschieden. Ich behaupte sogar, wir alle in der Politik haben uns hier falsch entschieden, da wir uns damit Planungsmöglichkeiten genommen haben.

Ein ähnliches Beispiel ist das Stalag 326. Das wird ein Mammutprojekt. Als wir davon hörten, dass die Gedenkstätte zu einem großen Denkmal gestaltet werden sollte, haben wir uns alle sehr gefreut. Endlich bekommt die Forschung und Arbeit dort mehr Aufmerksamkeit. Allerdings haben wir als Stadt auch keinerlei Mitspracherecht in irgendeiner Hinsicht. Alle Entscheidungen laufen über andere Instanzen. Diese bestimmen über die Größe, die Ausstattung, die Ausrichtung usw.. Wenn tatsächlich so viele Besucher, wie erwartet, die Senne fluten, wenn die Gedenkstätte in Betrieb genommen wird, haben wir ernsthafte Probleme. Nicht nur mit den Bürgern, die dann massive Einschränkungen erfahren, sondern auch verkehrlich werden wir bei den prognostizierten Zahlen im Chaos versinken. Darüber scheint zurzeit noch niemand wirklich besorgt zu sein. Ich schon. Auch die

finanzielle Belastung für die Stadt ist bisher noch nicht definiert, scheint uns aber von anderer Seite auferlegt zu werden. Auch diese Verhandlungen finden ohne uns statt. Wir dürfen am Ende nur noch dazu abstimmen, ob wir die errechneten Kosten übernehmen oder nicht. Das bedeutet natürlich: Seid ihr für oder gegen dieses Projekt. Demokratie ist für mich etwas anderes. Die Entwicklung dieser ganzen Angelegenheit macht mir schon ernste Sorgen.

Ein anderes Problem ist die ständige Personalnot in unserer Verwaltung. Schon seit Jahren stellen wir fest, wie sehr die Verwaltungsangestellten am Limit ihrer Möglichkeiten arbeiten. Die CSB versucht seit Jahren diese Situation zu verbessern. Uns ist völlig klar, dass Aufträge, die wir aus der Politik in die Verwaltung geben natürlich zu einer weiteren Belastung führen. Tatsächlich haben wir in der CSB auch schon häufiger darüber diskutiert einen Auftrag an die Verwaltung nicht zu erteilen, da wir wissen, dass dieses wiederum zu Mehrbelastung führen wird. Aber die Politik ist dazu da die Stadt zu entwickeln. Dazu benötigen wir nun mal die Unterstützung und die Expertise der Mitarbeiter der Verwaltung. Wir brauchen mehr Personal. Zu häufig bekommen wir zu hören, dass die Verwaltung die Kapazitäten nicht hat. Wir könnten dieses oder jenes nicht machen, da uns die personellen Möglichkeiten nicht zur Verfügung stehen. Es darf nicht sein, dass die Personalnot dazu führt, dass wir hier die Stadt nicht mehr entwickeln können. Immer die einfachste Lösung zu favorisieren, da sie nicht so viel Personal bindet, kann nicht richtig sein. Wir müssen auch mal die komplizierte Lösung andenken können, da diese vielleicht fairer, nachhaltiger oder auch langfristig kostengünstiger ist.

Das zur Zeit das Bauen ein Abenteuer ist, dass kaum kalkulierbar ist, macht uns hier in der Stadt wirklich das Leben schwer. So können wir langfristig eine energetische Sanierung der katholischen Grundschule

Stukenbrock auf den Weg bringen, aber dann kommen uns Lieferengpässe, Kostensteigerungen, Fehlinformationen oder -kalkulationen und Baufehler ins Gehege und schon wird aus einer gut geplanten Sanierung ein finanzielles Fiasko. Auch hier können wir aus der Politik etwas Gutes auf den Weg bringen und landen dann doch im Chaos.

Doch lassen Sie mich auch noch über die Dinge referieren, die wir in der Politik auf den Weg gebracht haben:

Wir hätten bei der Versorgung der Schüler mit digitalen Geräten gern ein wenig mehr Differenzierung gesehen. Die meisten Schüler haben schon digitale Geräte. Viele haben genau die Geräte zuhause, die sie jetzt nochmal von der Schule bekommen. Das ist unserer Meinung nach nicht sehr nachhaltig. Dort hätte man durchaus einsparen können. Jetzt werden die Schüler ein Gerät bekommen, mit dem sie in der Schule arbeiten und das andere Gerät können sie für andere Zwecke nutzen. Dabei hätte man durchaus ein Gerät mit zwei unterschiedlichen Konten, sowohl privat, wie auch schulisch, einrichten können. Zusätzlich fänden wir es auch sinnvoll den Schülern klar zu machen, dass sie für ihr eigenes Gerät zuständig und verantwortlich sind. Jetzt wird es darauf hinauslaufen, dass jedes Gerät versichert werden muss, damit jeder Schüler auch schnell von der Schule mit Ersatzgeräten ausgestattet wird, falls ein Gerät kaputt ist.

Ein weiterer Aspekt, den wir bemängeln ist, dass das jetzige Modell recht umständlich ist, was das Einrichten und Nutzen von verschiedenen Apps betrifft. Wir hätten uns dabei eine niederschwelligere und zukunftsorientiertere Lösung vorgestellt. Leider scheint uns dabei im Wege zu stehen, dass alle Entscheidungsträger hier nicht direkt kompetent sind, die Materie zukunftsorientiert zu betrachten.

Uns ist natürlich klar, dass eine solche Regelung eine gut durchdachte finanzielle Regelung für die Schüler bedeutet hätte. Aber auch dafür hätte man Lösungen finden können. Die jetzt beschlossene Regelung bedeutet für den städtischen Haushalt zukünftig eine hohe jährliche Belastung. Ich hätte mir gewünscht, dass man hier aufgrund der Langfristigkeit dieser Entscheidung sich mehr und differenziertere Gedanken gemacht hätte.

Wir tragen die Entscheidung alle Schüler mit kostenlosen Geräten auszustatten mit, da wir in erster Linie die Notwendigkeit der schnellen Umsetzung sehen. Dort wollen wir auf gar keinen Fall eine Verzögerung. Allerdings ist uns die daraus resultierende hohe finanzielle jährliche Belastung des städtischen Haushalts ein Dorn im Auge.

Eine weitere Investition für SchülerInnen der Stadt ist das Schülerticket, dass wir auch so schnell wie möglich an den Start bringen wollen. Wir sind gern dabei dieses Ticket zu unterstützen. Wir sehen aber auch, dass das kostenlose Ticket für die SchülerInnen nur ein erster Schritt sein kann. Wenn wir wirklich wollen, dass die zukünftige Generation den ÖPNV mehr nutzt, dann müssen wir als nächsten Schritt zwingend die Buslinien verstärken. Was nutzt es, dass ich umsonst Busfahren kann, wenn in meinem Wohnumfeld kein Bus fährt. Auch hier müssen wir bereit sein weiteres Geld in die Hand zu nehmen, denn wer A sagt, muss auch B sagen. Nur so können wir tatsächlich etwas bewegen.

Wir, von der CSB, freuen uns sehr darüber, dass gerade für unsere jungen Mitbürger hier hin der Stadt Geld in die Hand genommen wird. Das tut der gesamten Stadt gut, denn diese Investitionen fördern unser Image in Bezug auf Familienfreundlichkeit. Gerade dort haben wir noch

großen Nachholbedarf.

Ein Thema, dass Familien hier in SHS und Umgebung immer sehr interessiert, ist Pollhans. Leider haben wir auch dieses Jahr kein Pollhans organisiert bekommen. Auf regelmäßige Nachfrage bei der Verwaltung wurde uns seit Anfang des Jahres immer wieder versichert, man wäre im Gespräch mit den Schaustellern und man würde sich um dieses Thema kümmern. Selbst nach den Sommerferien sagte man auf Nachfrage, man würde nur noch 1 oder 2 Telefonate führen müssen. Als Ergebnis kam dann Mitte September die klare Aussage der Verwaltung, dass sie keinerlei Konzept für ein mögliches Klein-Pollhans erarbeitet haben. Es gebe zwar Möglichkeiten Pollhans stattfinden zu lassen, aber das wäre ihrer Meinung nach nicht mehr sinnvoll darstellbar. Also haben wir Mitte Oktober kein Pollhans gefeiert, während um uns herum die Kommunen mit kreativen Konzepten Libori, Verler Tod und andere Herbstjarmärkte feierten. Dass selbst nach dieser Erfahrung keiner in der Verwaltung die Möglichkeit sieht, sich jetzt schon um Konzepte zu bemühen, wie man eventuell im nächsten Jahr ein Pollhans auch unter Einschränkungen (2G oder 3G, Maskenpflicht oder nicht, usw.) auf die Beine stellen kann, finde ich, gelinde gesagt, traurig. Andere Kommunen können das.

Ein weiteres Ärgernis ist für uns die Anhäufung von Arbeitskreisen, von denen man 1. kaum was hört, die 2. immer nichtöffentlich sind (Diskussionen sollten in einer Demokratie wann immer möglich offen und öffentlich geführt werden) und die 3. effektiv nur wenig Output haben. Was passiert denn zurzeit im Arbeitskreis Fair-Trade oder ÖPNV?

Apropos ÖPNV: Ich habe schon früher mal um mehr Mut in der Politik geworben. Da scheint sich bei uns auch nichts zu tun. Wo bleiben denn

die Diskussionen zu einem Rundverkehr im Ort. In vielen anderen Kommunen werden zurzeit On-Demand-Verkehre ausprobiert. Wann kommen wir denn hier in SHS damit in die Hufe? Ist es möglich, dass Arbeitskreise immer dann gebildet werden, wenn man keine Lust hat sich ernsthaft mit einem Thema zu befassen? Oder ist man grundsätzlich der Meinung, dass das Ergebnis eines Arbeitskreises auch immer das endgültige Ergebnis der politischen Diskussion sein muss? Das muss es nämlich nicht. Ein Arbeitskreis fasst Ideen zusammen, um sie dann der Politik zur Diskussion zu stellen. Die Diskussion sollte immer öffentlich, für alle nachvollziehbar in der offenen politischen Debatte geführt werden und nicht hinter verschlossenen Türen schon abgesprochen werden.

Ich bin der Meinung, dass wir bereit sein sollten mehr öffentliche Diskussion zuzulassen. Arbeitskreise sind nicht nur demokratisch fragwürdig, da die Bürger nicht erfahren, was dort, unter dem Radar, diskutiert, angenommen, aufgenommen und abgelehnt wird. Sie sind auch ganz offensichtlich eine sehr gute Möglichkeit Themen zu verschleppen. Daher sollten wir definitiv zukünftig sehr viel sorgsamer mit der Einrichtung von Arbeitskreisen sein.

Als letztes muss ich auch noch auf eine weitere Sache hinweisen, die uns sehr geärgert hat. Durch die undifferenzierte Haltung der CDU bezüglich der Skateranlage in der neuen „Grünen Mitte“ haben sich auch diese Planungen sehr verlängert. Auch da geht mein Appell eindeutig an die CDU zukünftig nicht so viel rumzueiern, sondern ernsthaft Position zu beziehen. Das konnten andere Fraktionen in der Stadt doch auch. Das wir alle gern erst wissen wollten, ob wir eventuelle Fördergelder generieren können, ist doch klar. Aber die anderen Fraktionen haben auch vorher schon gesagt, dass sie die Anlage auch ohne Fördergeldzusage unterstützen würden. Diese Aussage konnte die CDU nicht machen. Das ist sehr schade, denn jetzt ist erst mal alles

**wieder viel teurer und 2. dauert es wieder sehr viel länger bis es hier
voran geht.**

**Trotz all dieser Kritikpunkte und Bedenken wird die CSB den Haushalt
dieses Jahr mittragen.**

**Wir appellieren jedoch an alle Ratsmitglieder, aus vergangenen
Fehlern zu lernen und zukünftig gemeinsam die besten
Voraussetzungen zu schaffen, um im Sinne unserer Bürger die
wichtigen Themen für unsere Stadt zu begleiten und, wo möglich,
Einfluss zu nehmen.**

Britta Rusch

Fraktionsvorsitzende der CSB-Fraktion